

## KRITIK AN NEUBAUPLÄNEN

# Umweltbundesamt fordert Aus für B 15 neu

Die Gegner der B 15 neu bekommen massive Unterstützung. Das Umweltbundesamt übt an den Neubauplänen heftige Kritik.

VON ANTON RENNER

**Dorfen** – Gestern endete die Einspruchsfrist zum neuen Bundesverkehrswegeplan. Neben Umweltverbänden und Bürgerinitiativen hat auch das

Umweltbundesamt einige der geplanten Straßenprojekte in Oberbayern massiv kritisiert. Darunter ist auch die B 15 neu. Die staatliche Behörde hat die unter B 15 neu firmierende vierspurige Ost-Ortsumfahrung von Landshut zur Streichung vorgeschlagen. In einer detaillierten Aufstellung wird der elf Kilometer langen Strecke zwischen der A 92 und der B 299 ein insgesamt negativer „Umweltnutzen“ bescheinigt. Der so bezeichnete

Umweltschaden ist mit einem Wert von 36,4 Millionen Euro beziffert. Er begründet sich einerseits mit dem Flächenverbrauch von insgesamt 56 Hektar. Andererseits wird die Umweltbetroffenheit als „hoch“ bezeichnet – das ist die höchstmögliche Einstufung. Sie wird mit der Durchschneidung eines Naturschutzgebietes begründet, bei dem 4,7 Hektar betroffen sein würden.

Gisela Floegel, Vorsitzende der Gemeinschaft der Betroffe-

nen und Gegner der B 15 neu, hält diese Stellungnahme für höchst bemerkenswert. „Mit dieser Empfehlung den ersten Abschnitt der ortsfernen und damit wenig verkehrsentlastenden Ortsumfahrung von Landshut zu streichen, bekommen die B 15 neu-Gegner mit ihren zahlreichen Bürgerinitiativen ‚Stop B 15 neu‘ schon von der zweiten Bundesbehörde Unterstützung. Zuvor hatte schon der Bundesrechnungshof die allgemein zu niedrig an-

gesetzten Kosten des neuen BVWP kritisiert. Im Fall der Ortsumfahrung von Landshut sind diese im BVWP auf 214 Millionen berechnet, ein Jahr zuvor wurden dafür noch 320 Millionen veranschlagt“, so Floegel.

Im Bundesverkehrswegeplan steht zwar nur die Ostumgehung Landshut. Aber aus Sicht des Umweltbundesamts ist auch die Strecke Landshut-Rosenheim, die im „weiteren Bedarf“ genannt wird, unnötig.

Übrigens: Obwohl Teile der umstrittenen Isentalautobahn A 94 bereits gebaut werden, ist das Umweltbundesamt auch hier der Auffassung, dass diese Autobahn gar nicht gebaut werden sollte. Die staatlichen Naturschützer begründen dies mit dem viel zu großen Flächenverbrauch, Lärm, Luftschadstoffen und Klimaemissionen. Die Behörde fordert insgesamt, bestehende Straßen sollten erhalten und das Schienennetz verbessert werden.

## NOTGROSCHEN

Verein steigt aus  
Flüchtlingshilfe

## GARTEN DER SINNE

